BVZ

Berliner Volks-Zeitung

Zweimal täglich
60 Pfg. wöchentlich
Im Einzelverkauf:
Morgenblatt 10 Pfennig
Sonntag 15 Pfennig
Abendblatt 5 Pfennig

Dienstag, 16. Dezember 1930 | ABEND-AUSGABE | 78. Jahrgang – Nr. 592

Remarque-Film-Sturm im Landtag

Der deutschnationale Misstrauens-Antrag / Die Filmhetze der Heimkrieger
Der Protest der Vernünftigen und Anständigen gegen das Verbot

Im preußischen Landtag stand heute der deutschnationale Antrag, dem Ministerpräsidenten Braun und dem Innenminister Severing das Vertrauen zu entziehen, zur Beratung. Der Antrag wird damit begründet, daß die Minister über das Verbot des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues" ihr Bedauern ausgesprochen haben.

Die Debatte wurde von dem deutschnationalen Abgeordneten Schwecht eröffnet, der zur Begründung des deutschnationalen Mißtrauensantrages sogleich auf den Remarque-Film einging. Seine Ausführungen waren wiederholt so provozierend, daß die Linke in Entrüstungsausrufe ausbrach. Der deutschnationale Redner erklärte unter großem Lärm, die Demonstrationen gegen den Film seien sehr erfreulich gewesen, denn der Film sei eine Beleidigung der deutschen Frontkämpfer. Dieser Herr sieht es also als Beleidigung an, daß der jungen Generation gezeigt wird, wie grauenvoll der Krieg war und wie die deutschen Soldaten litten und starben. Als der Abgeordnete Schwecht behauptete, der Film sei das Werk eines ungarischen Juden Lämmle, mußte er sich durch einen Zuruf des Abgeordneten Nuschke von der Staatspartei dahin belehren lassen, daß Lämmle kein Jude, sondern Deutschamerikaner sei. Der Redner verlas dann die öffentliche Erklärung des Ministerpräsidenten Braun, in der es heißt:

„Ein Volk, das die Wahrheit nicht mehr verträgt, gibt sich selbst auf!"

Vom links kamen lebhafte Zurufe: „Das ist durchaus richtig — Bravo!" Als der Redner schloß, erstickte der Beifall der Rechten in den Mißfallenskundgebungen der Linken.

Darauf bekam der sozialdemokratische Abgeordnete Kuttner das Wort: Im Namen des Bundes der deutschen Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten protestiere ich dagegen, daß man uns Frontsoldaten vorschreiben will, wie der Krieg darzustellen ist. (Unruhe rechts.) Wir können es vollkommen verstehen, daß Dr. Goebbels eine arge Wut auf den Remarque-Film hat.

Dieser Film zeigt, wie die deutschen Primaner und Sekundaner im Felde kämpfen in derselben Zeit, in der Herr Goebbels als Siebzehnjähriger daheimblieb und vier Jahre während des Krieges die Bänke der Schulen und Universitäten drückte. (Lebhg. Hört, hört! links.)

Das verletzte Minderwertigkeitsgefühl des Heimkriegers Goebbels tobt sich nun aus in Straßendemonstrationen gegen die Frontsoldaten. Von dem Taktgefühl des deutschnationalen Abg. Bäcker hätten wir erwartet, daß er sich der Verhandlung der Oberprüfstelle ferngehalten hätte, die über den Frontgeist zu urteilen hatte.

Abg. Bäcker ist nämlich auch während der Kriegsjahre in der Heimat geblieben. (Hört hört!)

In Polen hat man das Verbot des Remarque-Films beantragt, weil er eine grobe Propaganda für deutsches Heldentum sei.

Der Redner behauptete ferner, das Reichswehrministerium habe verlangt, daß die deutschen Soldaten im Trommelfeuer lächelnd dargestellt würden, und fuhr fort, auch der realistischste Film könne nur ein schwacher Abklatsch, nie eine Uebertreibung der wahren Erlebnisse der Soldaten im Trommelfeuer sein. Er wies dann auf eine schon vorher gestrichene Stelle über bramarbasierende Heimkrieger hin und schloß wirkungsvoll mit dem Hinweis darauf, daß vor 120 Jahren schon einmal die Absetzung eines Theaterstücks durch die Offizierkorps der Regimenter Garde du Corps und Gendarmes durch Drohungen durchgesetzt worden sei, weil die menschlichen Empfindungen eines Offiziers dargestellt worden seien, nämlich die Aufführung des „Prinzen von Homburg" von Heinrich von Kleist.

Der Abg. Kaspar (Komm.) stellt mit Recht fest, der Protest gegen den Remarque-Film entspringe der Wut der Heimkrieger und Etappenschweine darüber, daß dieser Film wenigstens einen Abglanz der Wahrheit des Krieges zeige.

(Die Deutschnationalen verlassen den Saal unter dem Rufe der Kommunisten: „Die Etappe reitet aus!")

Abg. Nuschke (Deutsche Staatspartei) führte aus, Leute, die weder den Schützengrabenkrieg noch den Film selbst kennen, haben demonstriert. In der Uraufführung hat niemand Anstoß genommen. Erst eine widerwärtige Hetze hat die Demonstrationen hervorgerufen. Der Schützengrabensoldat ist nicht der Mann, der den Stahlhelm nur im Knopfloch getragen hat. Daß deutschfeindliche Stellen für den inländischen Bedarf herausgenommen wurden, trifft bei den Hugenberg-Filmen zu, die aus der amerikanischen Produktion stammen. Die Polizei hat nur ihre Pflicht getan. Der Redner bedauert, daß die Reichsregierung vor dem Terror und der Hetze zurückgewichen ist.

Es folgt dann eine Rede des Abgeordneten Schröter (D. Vp.) gegen den Film. Als dieser Herr allzu lebhaft im Sinne der Frontsoldaten sprach, wurde ihm von der Linken das Landtagsbuch entgegengehalten, in dem

mit keiner Silbe etwas von einer Tätigkeit Schröders im Felde verzeichnet stehe.

Auch der Wirtschaftsparteiler Hellermann – dieser aber ein wirklicher Frontsoldat – sprach sich unter großem Lärm gegen den Film aus.

Nach einigen weiteren Reden war die Rednerliste erschöpft. **Die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge wurden auf Freitag angesetzt.** Allgemeine Rufe von der Linken: Kube, Kube! zeigten an, daß man gern etwas über die Auffassung dieses nationalsozialistischen „Frontkämpfers" gehört hätte; Herr Kube blieb aber stumm.

Poincaré gelähmt

Der Zustand des französischen Expräsidenten hat sich verschlimmert

Paris, 16. Dezember.

Nach einem Bericht der Zeitung „Paris Midi" ist Poincaré halbseitig gelähmt. Die Gefahr einer Hirnvergiftung wächst. Frau Poincaré, die des Krankenbettes ihres Mannes nicht verlassen hat, ist die einzige, die den Kranken außer den Aerzten in seinem Leidenszustand gesehen hat.

Raymond Poincaré der ein halbes Jahrhundert daran gearbeitet hat, den alten Zwiespalt zwischen Frankreich und Deutschland zu vertiefen, verbrauchte seltsamerweise die letzte Kraft vor diesem schweren Anfall bei der Ausarbeitung einer Rede, die der geistigen Verbindung Deutschlands und Frankreichs dienen sollte. Bis in die Nacht des letzten Freitag hinein schrieb er an dieser Rede, die er am Montag in der Sorbonne in Gegenwart des deutschen Botschafters zu halten gedachte und die jetzt auf seinem Schreibtisch gefunden wurde. Einer ihrer wichtigsten Sätze lautet:

„Nichts wäre gefährlicher und dümmer für Deutschland und für Frankreich, als wenn jedes dieser beiden Länder sich in ein abgeschlossenes Lager absondern und sich über die Gedanken, die Sitten, das politische und soziale Leben des Nachbarn täuschen wollten."

Dies sollte das entscheidende Wort sein, das Raymond Poincaré in dieser gespannten Situation über das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland sprechen wollte.

Der vergessliche Reichstag

Preussen muss einspringen — Notverordnung für Weihnachts-Ladenschluss

Das preußische Kabinett wird sich heute nachmittag mit der Frage der Regelung des früheren Ladenschlusses am Heiligen Abend befassen. Bei dem Reichstagsbeschluß über diese Angelegenheit ist nämlich versehentlich die Festsetzung des Tages vergessen worden, an dem das Gesetz in Kraft treten soll. Nach den allgemein gültigen Grundsätzen könnte demnach das Gesetz erst 14 Tage nach dem Beschluß des Reichstages, also erst nach Weihnachten, in Kraft treten, was sinnlos wäre. Preußen wird daher vielleicht dazu kommen, die Frage auf dem Verordnungswege zu regeln, vermutlich im Anschluß an die vorjährige Regelung (allgemeiner Ladenschluß um 5 Uhr, Lebensmittel- und Blumengeschäfte um 6 Uhr).

Reichsbanner gegen das Filmverbot

Scheidemann (X) spricht bei der Protestkundgebung in den Spichernsälen

BVZ Funk

MOSKAU. *Das Plenum der Zentralkontrollkommission der Kommunistischen Partei hat das Ersatzmitglied des Politischen Büros Andreas Andrejew zum Vorsitzenden der Zentralkontrollkommission an Stelle Ordschonikidzes gewählt.*

LONDON. *Der parlamentarische Sonderausschuß, der sich mit der Frage der Abschaffung der Todesstrafe zu befassen hatte, macht den Vorschlag, die Todesstrafe versuchsweise in Friedenszeiten für die Dauer von fünf Jahren aufzuheben.*

ROM. *Am 18., 19. und 20. dieses Monats werden sich 30 verhaftete Kommunisten vor dem Sondergericht zum Schutz des Staates wegen ihrer Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei und wegen antifaschistischer Propaganda zu verantworten haben.*

CHICAGO. *Die Bundesbehörde ist nunmehr dazu übergegangen, ihre Drohung, gegen das Gangsterunwesen (Verbrecher beim Alkoholschmuggel) mit Deportationen vorzugehen, auszuführen. Der Einwanderungskommissar Tony Volpa verhaftete einen Spießgesellen Al Capones, der nach Italien abgeschoben werden soll.*

SCHANGHAI. *Im Laufe dieses Jahres sind in der Provinz Kiangsi 130 000 Menschen von Banditen hingeschlachtet und für schätzungsweise 100 Millionen Dollars Gebäude und Eigentum zerstört worden.*

Terrain,
als Aufmarschgelände geeignet, für sofort gesucht. Offerten unter „Kommunal" abzugeben im Goebbel-Büro.

Es ist aufgefallen, daß der Reichstagspräsident diesmal die Herren M. d. R. ohne den früher üblichen Weihnachtswunsch in die Ferien entlassen hat. Es handelt sich dabei nicht um eine Vergeßlichkeit; vielmehr hatte der sonst so höfliche und freundliche Herr Löbe offenbar das Empfinden, daß die Formel „Fröhliche Weihnachten" in Widerspruch zu dem im Wallot-Haus eingerissenen Umgangston stehe. Wer wollte sich einreden, daß die Nationalsozialisten und Kommunisten sich von ihren Schimpfkanonaden und ihrer Politik der Faust zu der Friedensbotschaft des „gnadenbringenden" Weihnachtsfestes bekehren könnten?

Freilich haben die Nazis so getan, als ob sie Besserung gelobten. Ihr Häuptling Stöhr hat die Erklärung abgegeben, daß seine Partei in Zukunft marxistische Abgeordnete nicht mehr anhören, sondern bei Beginn ihrer Reden den Saal verlassen werde. Das ist eine begrüßenswerte Anregung, die wir gern erweitern möchten. Da die Reden im Parlament doch nicht etwa eine Bekehrung der Andersdenkenden bezwecken, sondern im wesentlichen zum Fenster hinaus gehalten werden, so genügt es ja letzten Endes, wenn die Parteimitglieder im Saal bleiben, um in angemessenen Zwischenräumen ihr „Sehr richtig!" zu rufen. Die Debatte würde sich dadurch vereinfachen, und die häßlichen Standalszenen blieben uns erspart. Aber leider sind die Nazis auf halbem Wege stehen geblieben, indem sie ihre Radautaktik den bürgerlichen Parteien gegenüber mit um so mehr Lautsprecherstärke fortsetzten.

Anscheinend handelt es sich hierbei um die Taktik des Teile und herrsche! Die Hitler-Leute wollen die bürgerlichen Parteien im Parlament niederrücken, während sie sich mit den „Marxisten", vor allem mit den Kommunisten auf der Straße auseinandersetzen, wo sie sich mehr zu Hause fühlen. Die tägliche Prügelei zwischen den Rechts- und Linksbolschewisten ist ja leider unvermeidlich, aber man könnte sie kontingentieren und lokalisieren. Denn es ist unrecht, daß bei diesen „weltanschaulichen Auseinandersetzungen" Unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen werden, und daß der ohnehin geplagten